

ANGELIKA TIMM

Die Regierung Netanjahu/Lieberman. Bilanz der ersten 100 Tage

Am 8. Juli 2009, 15.15 Uhr, lief die »Schonfrist« des israelischen Premierministers Benjamin (Bibi) Netanjahu aus. Genau 100 Tage zuvor hatte ihn die Knesset zum zweiten Mal als Ministerpräsident – mit 69 Ja-Stimmen bei 45 Gegenstimmen und fünf Enthaltungen – bestätigt.

Die ersten drei Amtsmonate im Blick, hatte Netanjahus Büro für den 8. Juli zu einer Pressekonferenz geladen. »Bibi« war entschlossen, entgegen dem Ratschlag einiger seiner Ministerkollegen, persönlich vor die Presse zu treten, um Erfolg, Stabilität und Seriosität seiner Regierung herauszustellen. Kurz vor Beginn der Konferenz jedoch beauftragte er fünf seiner politischen Berater, die Fragen der Journalisten zu beantworten. Befördert mag diesen Entschluss die harsche Kritik seitens der Kadima-Opposition haben, die wenige Stunden zuvor eine Medienkampagne unter dem Motto »100 Tage – Null Ergebnis. Es ist der alte Bibi« gestartet und in der Cafeteria des Parlaments Sticker mit Anti-Netanjahu-Losungen verteilt hatte.

Die Sichten israelischer Politiker bzw. der Medien auf den Premier reichen vom »neuen, reiferen Netanjahu«, der aus den Versäumnissen der ersten Ministerpräsidentenschaft gelernt habe, über die Behauptung, Bibi sei ein ideologisch nicht festgelegter Pragmatiker, bis hin zu Aussagen, die Führungskompetenz des Politikers lasse zu wünschen übrig; er sei sprunghaft, konfus und politisch erpressbar und leide zudem unter Paranoia. Nationale Interessen bzw. das Schicksal des Landes ordne er seinem Hauptanliegen unter, sich an der Macht zu halten bzw. diese auszubauen.

Die ersten 100 Tage der »größten, teuersten und rechtesten Regierung in der israelischen Geschichte« werfen eine Vielzahl von Fragen auf:

- Welche ersten Ergebnisse in der Wirtschafts-, Sozial-, Innen- und Außenpolitik zeitigte die dreimonatige Regierungszeit des Rechtskabinetts?
- Welche Weichenstellungen für die künftige Politik und Entscheidungsfindung sind erkennbar?

- Wie stabil ist das Kabinett und welche Führungsqualität lassen die einzelnen Minister erkennen; wie ist deren Zusammenarbeit zu bewerten?
- Welche Klippen wird die Regierung im überschaubaren Zeitraum zu umschiffen haben; welche Optionen existieren für eine etwaige Regierungsumbildung?

Zusammensetzung und Wechselspiel von Kabinett und Opposition

Die von Benjamin Netanjahu am 31. März 2009 vorgestellte 32. Regierung Israels umfasst 30 Minister und sieben stellvertretende Minister. Sie kann sich im Parlament weiterhin auf 69 der 120 Abgeordneten stützen. Ministerposten bekleiden Vertreter des konservativ-nationalistischen Likud (15), der rechtsnationalistischen, weitgehend von russischsprachigen Neueinwanderern getragenen Partei Jisrael Beitenu (5), der religiös-ultraorthodoxen Partei orientalischer Juden Schas (4), der sozialdemokratischen Arbeitspartei (4) und der am äußerst rechten Rand des politischen Spektrums agierenden Siedlerpartei Ha-Bajit Ha-Jehudi (1). Der Justizminister (Jaakov Neeman) ist parteilos. Das ultraorthodox-religiöse (aschkenasische) Vereinigte Thora-Judentum (VTJ) stimmte im Parlament für Netanjahu, verzichtete jedoch auf eine konkrete Beteiligung an der Regierung.

Die somit aus fünf Parteien bestehende Koalitionsregierung ist keineswegs homogen. Spannungen zwischen Jisrael Beitenu und Schas in Fragen der Religionspolitik und der Familiengesetzgebung oder zwischen der Arbeitspartei, Schas und dem Likud in Bezug auf die Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme lassen sie vielmehr als äußerst fragil erscheinen. In der Nahost-

politik vertreten Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud), Außenminister Avigdor Lieberman (Jisrael Beitenenu) und Verteidigungsminister Ehud Barak (Arbeitspartei) »Falkenpositionen«. Sollten sie sich zu pragmatischen Zugeständnissen, und seien diese noch so gering, bereit finden, hätten sie mit der vehementen Ablehnung der Rechtsaußenpartei Ha-Bajit Ha-Jehudi und des rechten Flügels des Likud zu rechnen.

Auch die 46 Parlamentarier umfassende Opposition ist äußerst heterogen. Sie wird von der Zentrumspartei Kadima unter Zipi Livni geführt, die aus den Wahlen von Februar 2009 mit 28 Mandaten als stärkste Kraft hervorging, d. h. einen Parlamentssitz mehr als der Likud aufweist. Der rechte Flügel der Opposition wird vom Ichud Leumi mit 4 Mandaten gestellt, während die Linke durch Chadash (4 Sitze) und Merez (3) repräsentiert wird. Rein arabische Oppositionsparteien sind die Vereinigte Arabische Liste (4) und Balad (3). Die Regierungskoalitionäre der Arbeitspartei werden zwar von einer Mehrheit ihrer Fraktion unterstützt; fünf »Rebellen« jedoch (Scheli Jachimovitsch; Juli Tamir, Ofir Pines-Pas; Eitan Kabel und Amir Perez) haben ihrem Parteivorsitzenden das Vertrauen entzogen und stimmen im Parlament i. d. R. gegen die Regierung. Insgesamt agierte die Opposition in den letzten 100 Tagen relativ zurückhaltend. Sie setzte den Regierungsparteien in nur geringem Maße eigene Politikkonzepte entgegen.

Leitlinien der Regierungspolitik

In seiner Regierungserklärung vom 31. März 2009 benannte Netanjahu als wichtigste Aufgabe auf innenpolitischem Gebiet die Begegnung der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Schaffung von Voraussetzungen für ein effektives Wirtschaftswachstum und die Verringerung gesellschaftlicher Klüfte bzw. die Bekämpfung der Armut. Er versprach, sein Kabinett werde die jüdische Einwanderung nach Israel forcieren, die Bildung auf die nationale Prioritätenliste setzen und den »jüdischen Charakter« des Staates stärken. Die Regierung wolle sich zudem »am globalen Kampf auf den Gebieten des Klimawandels und der Umwelt« beteiligen.

In außenpolitischer Hinsicht wurden die Beziehungen zu den USA und das israelisch-palästinensische Verhältnis an die Spitze der Regierungsagenda gesetzt; auch den Beziehungen zur arabischen Welt, zu Europa und zu Russland komme eine wichtige Rolle zu. Nach wie vor wurden alle regionalen Herausforderungen im Kontext sicherheitspolitischer Aspekte gesehen, d. h. die Regierungserklärung konzentrierte sich auf die »iranische Bedrohung« und den »Kampf gegen den radikalen Islam«. Verhandlungen mit den Palästinensern sollten fortgesetzt werden; ein umfassender Frieden mit der arabischen Welt sei erstrebenswert. Das Nahost-Quartett, die von den USA und der Europäischen Union vertretene »Zwei-

Staaten-Lösung« oder Verhandlungen mit Syrien blieben in der Erklärung des Ministerpräsidenten unerwähnt. Vielmehr wurden die Palästinenser aufgefordert, den Terror zu bekämpfen und Schritte zum Abbau von Feindbildern einzuleiten. Netanjahu bot ihnen dafür parallele Verhandlungen zur Verbesserung der palästinensischen Wirtschaft und zu Sicherheitsfragen sowie Gespräche über die anstehenden politischen Streitfragen an.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat Israel inzwischen voll erreicht: Während des ersten Quartals 2009 sank das Bruttoinlandsprodukt (GDP) um 3,6%; Experten verweisen auf die schlechteste Wirtschaftsentwicklung des Landes seit dem 3. Quartal 2001. 81% aller mittelständischen und Kleinbetriebe kürzten die Löhne bzw. Gehälter und/oder Zahlungen von Gratifikationen – zum Teil bis zu 35%. Industrieminister Ben Elieser erklärte auf einer Konferenz in Jerusalem Anfang Juni, er erwarte, dass 10,5% aller Betriebe bis Ende 2009 Insolvenz anmelden werden. Besonders der Hightech-Bereich, bisher der wachstumsträchtigste und krisensicherste Wirtschaftssektor, ist betroffen; 90% der Firmen dieser Branche veranlassten bereits Entlassungen von Mitarbeitern.

Die Arbeitslosigkeit stieg im ersten Quartal 2009 von 6,5 auf 7,6%; sie ist besonders hoch im Süden (9,2%) und Norden (8,9%) des Landes sowie in Jerusalem (8,4%). Betroffen sind in hohem Maße die arabische Bevölkerung und äthiopische Juden; auch der Frauenanteil unter den Arbeitslosen erhöhte sich beträchtlich.

Vor dem skizzierten Hintergrund konzentrierten sich die Aktivitäten der Regierung während der ersten drei Amtsmonate Netanjahus auf die Verabschiedung des Budgets, Steuerreformen und Preiserhöhungen. Am 13. Mai 2009 bestätigte das Kabinett das Zweijahresbudget 2009/10. Es muss in drei Lesungen durch die Knesset bis zum 15. Juli bestätigt werden. Zu den wichtigsten Eckpunkten gehören:

- Erhöhung der Mehrwertsteuer von 15,5 auf 16,5%;
- Einfrieren der Löhne für zwei Jahre mit Ausnahme des öffentlichen Sektors, wo Lohnerhöhungen bis zu 5% vorgesehen sind;
- Kürzung der Ausgaben aller Ministerien um 6,5% (nur zum Teil betroffen ist das Verteidigungsministerium);
- Verringerung der Einkommenssteuer ab 1. Januar 2010 um 1% von 46% auf 45% (Spitzensätze).

Das Gerangel um das Budget bzw. um Wirtschafts- bzw. Finanzreformen wurde von den Medien als »Zickzack-Kurs« beschrieben. Es verdeutlichte, dass starke Meinungsverschiedenheiten in der Regierungskoalition bestehen, und dass das Ansehen sowohl des Ministerpräsidenten als auch des Finanzminister beschädigt wurden.

Die Proteste im Parlament und auf der Straße gegen das Abwälzen der Krisenkosten auf die sozial schwachen Bevölkerungsschichten führten zu geringfügigen Änderungen, z. B. beim Kindergeld. Vertreter der Regierungspartei Schas, der Opposition und zivilgesellschaftlicher Organisationen zwangen die Regierung, von ihrem Vorhaben, die Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse auszudehnen, Abstand zu nehmen. Auch auf die Absicht, eine Steuer in Höhe von 16,5% für Tourismusleistungen zu erheben, musste schließlich verzichtet werden. Nicht zuletzt wurde die vorgesehene Kürzung des Verteidigungsbudgets um drei Milliarden NIS auf Druck des Verteidigungsministers sowie führender Militärs zurückgenommen.

Für die Stimmung im Parlament mag stehen, dass während der zweiten Juniwoche alle Oppositionsabgeordneten aus Protest gegen die Sparmaßnahmen der Regierung die Legislative boykottierten; die erste Abstimmung über das Budget im Plenum wurde daher mit 61 Ja-Stimmen bei vier Enthaltungen und ohne Gegenvotum, d. h. erstmals in der Geschichte Israels nahezu »einstimmig«, angenommen. Für die zweite und dritte Lesung Mitte Juli gilt trotz zu erwartender stürmischer Parlamentsdebatten die Annahme des Budgets als sicher.

Infragestellung der arabisch-palästinensischen Bevölkerungsgruppe

Israel zählt 7,4 Millionen Einwohner, davon 20,3% arabische Staatsbürger, die sich ob ihrer nationalen Identität mehrheitlich als Palästinenser definieren. Das Verhältnis zwischen der jüdischen Bevölkerungsmehrheit und der arabischen Minderheit war in den letzten Jahren, insbesondere seit der Zweiten Intifada, in hohem Maße gespannt. Die Entwicklung der jüdisch-arabischen Beziehungen im Innern des Landes stellt daher weiterhin und verstärkt eine primäre Herausforderung für die israelische Gesellschaft und Politik dar.

Die Definition Israels als jüdischer Staat bzw. Staat des jüdischen Volkes impliziert offene Fragen für nicht-jüdische Bürger, insbesondere für israelische Staatsbürger palästinensischer Nationalität. De jure gleichberechtigt, werden sie – mit Ausnahme der Drusen – nicht zum Wehrdienst einberufen. Sie sehen sich Diskriminierungen auf kommunaler Ebene (Landbesitz, Wohnungsbau, staatliche Zuwendungen für arabische Orte u. a. m.), in der Berufsausübung (z. B. im öffentlichen Dienst oder im Zugang zu Berufen, die mit Sicherheitsfragen in Zusammenhang stehen) und im Bildungswesen konfrontiert.

Die arabischen Staatsbürger Israels haben die Frage ihrer Identität während der letzten zwei Jahrzehnte wiederholt öffentlich diskutiert. Sie sehen Israel nach wie vor als ihre Heimat und sich als loyale Staatsbürger. In großer Mehrheit weigern sie sich jedoch, Israel einseitig als »jüdischen Staat« zu akzeptieren. Ihre Befürchtung

richtet sich darauf, dass diese Formel von rechten Kräften jederzeit gegen ihre Existenz bis hin zur Vertreibung bzw. dem von Jisrael Beitenu geforderten »Transfer« genutzt werden könne. Vielmehr befürworten sie die Definition des Landes »als demokratischer Staat aller seiner Bürger«. Der arabischen Bevölkerungsgruppe solle, so ihre Forderung, der Status einer anerkannten nationalen Minderheit, inklusive Kultur- und Bildungsautonomie, zugestanden werden. Den israelischen Unabhängigkeitstag begehen viele israelische Palästinenser zudem nicht als jüdisch-zionistischen Feiertag, sondern als Tag der »Nakba« (Katastrophe).

Während der ersten drei Monate der neuen Legislaturperiode versuchten Parlamentarier von Jisrael Beitenu und Ha-Bajit Ha-Jehudi, bekannt für ihre rassistischen Positionen gegenüber der arabischen Bevölkerung, nunmehr drei neue Gesetze auf den Weg zu bringen:

Jeder Staatsbürger Israels, der am Unabhängigkeitstag der Nakba gedenkt, solle künftig mit bis zu 3 Jahren Gefängnis bestraft werden.

Jeder Bürger, der die Existenz Israels als eines jüdischen und demokratischen Staats in Frage stellt, solle mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden.

Die Erlangung der israelischen Staatsbürgerschaft solle mit einem Loyalitätstest verbunden werden. Israeli dürfe künftig nur sein, wer Israel als »jüdischen, zionistischen und demokratischen Staat« anerkenne und sich bereit erkläre, Militär- oder eine Art Ersatzdienst abzuleisten.

Alle drei auf die Ausgrenzung der arabischen Staatsbürger und die Verstärkung ihrer Diskriminierung gerichteten Gesetze widersprechen nicht nur den Zielsetzungen der Unabhängigkeitserklärung Israels, sondern konkret auch dem demokratischen Recht auf freie Meinungsäußerung. Sie stießen in der Knesset und in der Öffentlichkeit auf harsche Kritik und haben offensichtlich keine Aussicht auf Erfolg. Für die Stimmung im demokratischen Spektrum der israelischen Gesellschaft mag stehen, dass Ende Juni 230 Dozenten und Professoren, unterstützt von weiteren namhaften Intellektuellen, wie dem Schriftsteller A. B. Jehoschua, eine Petition gegen die o. g. Gesetzesentwürfe unterzeichneten und öffentlich machten. Das »Nakba-Gesetz« wurde inzwischen zwar im Ministerkomitee bestätigt, gelangte jedoch nicht ins Parlament; das »Loyalitätsgesetz« scheiterte bereits im Ministerkomitee.

Die Regierung suchte auch anderweitig innenpolitische Weichen neu zu stellen und insbesondere den gesellschaftlichen Rechtstrend in staatliche Realitäten umzumünzen. Ihr besonderes Augenmerk richtet sich auf das hohe Prestige des Obersten Gerichts (BAGAZ) und die bisher immer wieder vehement verteidigte Unabhängigkeit der Judikative. Unter anderem gelang es dem neuen Kabinett, den Ausschuss zur Ernennung von Richtern derart rechts zu unterwandern, dass dessen künftige Entscheidungen mit Sorge betrachtet werden.

Die israelische Linke wertet diese Entwicklung darum als generelle Gefährdung des Rechtsstaates. Schulamit Aloni, Begründerin der linkszionistischen israelischen Bürgerrechtsbewegung (RAZ), schrieb z. B. in Haaretz: »Ein Hurra auf Premierminister Benjamin Netanjahu und Außenminister Avigdor Lieberman – sie reißen all das ein, was wir aufgebaut haben, all das, was wir geträumt und wofür wir gekämpft haben!«

Außenpolitik

Die Diskussionen über die außenpolitische Linienführung der neuen Regierung konzentrierte sich von Anfang an, mit z. T. höchst konträren Positionen, auf die Beziehungen zu den USA als dem engsten Verbündeten Israels, und auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. Im Mittelpunkt standen – und stehen – der Streit um die Zwei-Staaten-Lösung (»Zwei Staaten für zwei Völker«), um die israelische Siedlungspolitik in den Palästinensergebieten und um die Politik gegenüber Iran.

Netanjahu sah sich spätestens seit der Rede des US-Präsidenten in Kairo, in der dieser die Zwei-Staaten-Lösung als einzige Option für eine Regelung des Nahostkonflikts benannt, das Einfrieren der israelischen Siedlungstätigkeit in der Westbank gefordert und Gesprächsbereitschaft gegenüber dem Iran signalisiert hatte, in eine komplizierte Entscheidungssituation gedrängt bzw. vor mehrere Handlungsoptionen gestellt: Die volle Akzeptanz der amerikanischen Forderungen hätte, so sein Kalkül, den Austritt von Ha-Bajit Ha-Jehudi aus der Regierung, die mögliche Spaltung des Likud und damit das Ende der derzeitigen Rechtsregierung zur Folge gehabt.

Die verbale Verweigerung jeglicher Kompromissbereitschaft gegenüber den USA, Westeuropa und der arabischen Welt dagegen hätte die Rolle Israels in den internationalen Beziehungen, sein Ansehen in der Weltöffentlichkeit, insbesondere jedoch das Verhältnis zu den USA, in einem Ausmaß geschädigt, wie es in der Geschichte des Staates bisher kaum vorgekommen war. Angesichts dieser Herausforderung und mit Blick auf die nationale, aber auch die persönliche Interessenlage erwies sich der Premier als Pragmatiker. Er wählte eine dritte Option, die ihm das politische Überleben sichern, zugleich aber die Beziehungen zu den USA nicht ernsthaft gefährden soll.

Am 14. Juni 2009 hielt Netanjahu an der Bar-Ilan Universität in Ramat Gan seine Antwort-Rede, die sich insgesamt durch ein hohes Maß an nationalem Pathos und rechter Rhetorik auszeichnete. Erstmals jedoch sprach er von einem palästinensischen Staat an der Seite Israels und folgte damit seinen fünf Vorgängern im Amt des Ministerpräsidenten. Zugleich stellte er den Palästinensern derart viele Vorbedingungen, dass sein »historisches Zugeständnis« weitgehend wieder zurückgenommen wurde: Von der palästinensischen Führung forderte er die

Anerkennung Israels als Staat des jüdischen Volkes; der entmilitarisierte palästinensische Staat solle auf seine Lufthoheit verzichten; seine Grenzen sollten durch Israel und die USA kontrolliert werden; die Palästinenser sollten auf das Rückkehrrecht der Flüchtlinge nach Israel verzichten; Jerusalem solle die ungeteilte Hauptstadt Israels bleiben etc. pp. Der langjährige Merez-Führer, Jossi Sarid, urteilte sarkastisch, in Israel herrsche Melonenzeit und Netanjahus Rede gleiche in jeder Hinsicht einer Wassermelone; sie enthalte 98% Wasser »und noch nicht einmal Kerne«. Die Mehrheit der Israelis (71%) allerdings stimmte den Aussagen und Forderungen des Premierministers zu; 52% meinten, Netanjahus Worte könnten Israels Ansehen in der Welt verbessern.

Die israelische Regierung ließ auch in den folgenden Wochen keinen Zweifel daran, dass sie nicht gewillt ist, in einen generellen Siedlungsstopp einzuwilligen. Sie zeigt sich weder bereit, so genannte »illegale Vorposten« zu räumen, noch das Baugeschehen in den großen Siedlungsblöcken »einzufrieren«. Im palästinensischen Westjordanland leben heute bereits annähernd 300.000 Siedler; hinzu kommen 200.000 jüdische Neubürger in und um Ostjerusalem. Das natürliche Bevölkerungswachstum seit 2001 erklärt nur zu 45% das Anwachsen der Siedlerzahl. Allein in die Westbank sind seit 2001 etwa 70.000 Personen aus dem Kernland zugezogen. Die Realität und Objektivierbarkeit dieses Prozesses führt alle Argumente der israelischen Rechten ad absurdum, wonach der Siedlungsbau nach Annahme der Road Map nur dem »natürlichen Wachstum« der Siedlungen gefolgt sei.

Bereits vor Obamas Rede in Kairo »bewährten« sich die Siedlerorganisationen als höchst aktive *pressure groups*. Ihre – zum Teil offen gegen die Staatsmacht gerichtete – Tätigkeit stellt eine Herausforderung an die israelische Demokratie dar, mit der sich nicht erst das Netanjahu-Kabinett konfrontiert sieht. Da sich nunmehr jedoch erklärte Interessenvertreter der Siedler in der Regierung befinden, dürfte die Durchsetzung von Recht und Gesetz weiter erschwert werden.

Die israelische Politik gegenüber dem Iran ist begleitet von einer – durch Politiker und Medien geschürten, jedoch real verständlichen – existenziellen Angst der israelischen Bürger vor der Gefahr eines »atomaren Holocaust«. Umfragen von Mai 2009 zufolge befürworten zwei Drittel der jüdischen Israelis einen Militärangriff auf Iran; nur 15% lehnen ihn ab. Erfahrene und realistisch denkende Politiker und Militärs warnen indes vor dem militärischen Abenteuer, könnte es doch die gesamte Region in ein Inferno stürzen. Sie betonen zudem, dass ein israelischer Militärschlag ohne die Billigung der US-Administration kaum denkbar sei. Premier Netanjahu und Außenminister Lieberman nutzten daher ihre Gespräche auf internationalem Parkett – sei es in den USA oder in Europa –, um die »iranische Gefahr« zu beschwö-

ren, Unterstützung für Israel einzuwerben und militärische Handlungsfreiheit zugestanden zu bekommen.

Die israelischen Beziehungen zur Europäischen Union sind seit April 2009 – ähnlich denen zu den USA – durch Meinungsverschiedenheiten über die Zwei-Staaten-Lösung, die israelische Siedlungspolitik und die Iranpolitik geprägt. Außenminister Lieberman betonte bei seinen Antrittsbesuchen in europäischen Hauptstädten u. a. das besondere Verhältnis zu Deutschland und das israelische Interesse an verbesserten Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, vor allem zu Russland. Eine Aufstufung der Wirtschaftsbeziehungen zur EU solle auf keinem Fall gefährdet werden, zumal aktuellen Umfragen zufolge 75% der israelischen Juden einen Beitritt Israels zur EU befürworten würden.

Für das Kabinett Netanjahu bildet der Außenminister einen Stolperstein der besonderen Art. Mit Avigdor Lieberman, Vorsitzender der Partei Jisrael Beiteanu, wurde erstmals in der Geschichte des Staates einem Siedler (aus der Westbanksiedlung Nokdim) die Verantwortung für die internationalen Beziehungen des Landes übertragen. Insbesondere wegen seiner araberfeindlichen, rassistischen Äußerungen im Vorfeld der Knessetwahl gilt Lieberman den Politikern der Region, aber auch manchem westeuropäischen Staatsmann, als politisch nicht satisfaktionsfähig. Der französische Präsident zumindest fühlte sich veranlasst, in die innere Entscheidungsfindung der israelischen Legislative wie Exekutive einzugreifen, Lieberman mit Le Pen gleich zu setzen und Premier Netanjahu im persönlichen Gespräch zu empfehlen, seinen Außenminister zu schassen.

Der »Boykott« Liebermans wirkte sich dahingehend aus, dass wichtige internationale Begegnungen und Gespräche außenpolitischer Natur durch andere Politiker wahrgenommen wurden, sei es unmittelbar durch den Premier, sei es durch den Präsidenten (Treffen mit der ägyptischen Staatsführung), sei es durch den Verteidigungsminister (u. a. Verhandlungen mit dem US-Nahost-Gesandten George Mitchell).

Lieberman konzentriert sein Augenmerk derweil auf die »innere Reform« des Außenministeriums. In einem geheim gehaltenen Treffen Anfang Juli, an dem lediglich 15 sorgfältig ausgewählte Diplomaten teilnehmen durften, führte er aus, dass anstelle der Palästinenserfrage, die dem Verteidigungsministerium und dem Geheimdienst zugeordnet würde, zwei andere wichtige Aufgaben für sein Ministerium anstünden: die weltweite Kampagne zur Delegitimierung Irans und das Engagement seines Hauses und aller diplomatischen Missionen für die internationale Öffentlichkeitsarbeit (public diplomacy) mit dem Ziel, das Image Israels weltweit zu behaupten und zu erhöhen. Die Probleme im Ausland lägen nicht so sehr in den offiziellen Beziehungen zu den Politikern und Außenministerien, sondern in der öffentlichen Wahrnehmung Israels. Zu verstärken seien u. a. die wirtschaftli-

chen und diplomatischen Beziehungen zu Ländern wie Brasilien, Russland, Indien und China sowie die Unterstützung der jüdischen Diaspora-Gemeinden. Dafür würden nicht nur die innere Struktur des Ministeriums reformiert, sondern weitere Auslandsmissionen eröffnet und neue Informationsplattformen (Facebook, YouTube, Tweeter u. a.) nutzbar gemacht; im neuen Budget seien 100 weitere Mitarbeiterstellen vorgesehen.

Fazit

Die ersten 100 Tage des Kabinetts Netanjahu/Lieberman lassen die enge Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik erkennen. Insbesondere der durch die US-Administration auf Israel ausgeübte Druck in der Palästinenserfrage zeitigt erste – zunächst rhetorische – Ergebnisse. Mit der verbalen Anerkennung der Zwei-Staaten-Lösung habe sich Netanjahu – so die israelische Presse – von der rechten Siedlerideologie des »Groß-Israel« gelöst und sich vom rechten Rand des politischen Spektrums in Richtung Mitte bewegt. Die angekündigte Bereitschaft zu Verhandlungen mit der palästinensischen Führung widerspreche der gebetsmühlenartig wiederholten Formel, auf der jeweils anderen Seite existiere »kein Gesprächspartner«. Dem widerspricht nicht, dass die palästinensische Seite ihre Skepsis in die Ernsthaftigkeit der Angebote Netanjahus zunächst aufrecht erhält, konkrete Veränderungen in der Siedlungspolitik abwartet und ansonsten auf den »Faktor Obama« setzt. Es bleibt abzuwarten, ob die moderateren Äußerungen Netanjahus mehr sind als Nebelkerzen, mittels derer auf Zeitgewinn gesetzt wird.

Das Prinzip Hoffnung: Bei Beobachtern der politische Szene verdichtet sich der Eindruck, dass Netanjahu nicht unabdingbar und in jeder Entscheidungsfrage als ideologisch vorgeprägter Hardliner agieren muss (und wird?), sondern dass er zu taktisch-pragmatischen Kompromissen in der Lage sein könnte. Auch dafür freilich muss die praktische Politik der kommenden Monate den Nachweis erbringen.

Zentrale Bestimmungsfaktoren und Handlungsimpulse scheinen für Netanjahu – so israelische Analysten – Macht und persönliches Prestige zu sein. Sollte der »pragmatische« Premier somit in wichtigen innen- und außenpolitischen Entscheidungsfragen auf den unüberwindbaren Widerstand seiner rechtsnationalen oder religiös-orthodoxen Partner stoßen und damit in seiner Machtposition bzw. seinem Bewegungsspielraum ernsthaft eingeengt werden, so könnte er durchaus nach neuen Koalitionären im politischen Mitte-Rechts-Spektrum Ausschau halten, d. h. die Linie der ursprünglichen Koalitionssondierungen wieder aufnehmen. Sein Augenmerk richtet sich dabei nach wie vor auf Kadima als Ganzes oder auf einzelne rechte Kadima-Dissidenten, die bereits jetzt lebhaft umworben werden (Schaul Mofas u. a.).

Auf keinen Fall spielt Netanjahu zu diesem frühen Zeitpunkt mit der Möglichkeit vorgezogener Neuwahlen, für die auch in der israelischen Bevölkerung kaum Verständnis existieren dürfte. Er tut vielmehr alles, um seine Koalitionspartner zufriedenzustellen und das durch ihn geführte Kabinett so lange wie nötig und so erfolgreich wie möglich zusammen zu halten – Veränderungen in der konkreten Zusammensetzung nicht ausgeschlossen.

Ein jäher Anstoß für die Umbildung der Regierung könnte von Avigdor Lieberman kommen. Mit dem Ziel, der Rechtsregierung die erforderliche Stimmenmehrheit im Parlament zu sichern, d. h. Jisrael Beitenu einzubinden, hatte der Premier Lieberman in das Amt des Außenministers berufen, wissend, dass gegen diesen polizeiliche Untersuchungen wegen Betrug, Bestechung, Geldwäsche, Vertrauensmissbrauch und Täuschung der Untersuchungsbehörden liefen und er mit einem Gerichtsverfahren zu rechnen habe. Sollte Lieberman im Falle einer Verurteilung zurücktreten, so wäre der Posten des Vizepremiers und Außenministers vakant. Offen bliebe, ob im skizzierten Fall ein rechter Politiker für das Amt bereit stünde, oder ob Netanjahu die Chance nutzt, eine generelle Kabinettsumbildung vorzunehmen.

Die knappe Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Situation und der politischen Landkarte Israels sei ergänzt durch die Benennung einiger langfristiger Entwicklungsfragen bzw. offener Probleme:

Die Verknüpfung von sozialen und politischen Gegebenheiten, insbesondere hinsichtlich der Okkupations- und Siedlungspolitik, aber auch die zunehmende Infragestellung der Grundlagen israelischer Demokratie werden von den meisten israelischen Bürgern bis heute ignoriert. Sie können im realen Leben wie im öffentlichen Bewusstsein mittelfristig jedoch einen Stellenwert erlangen, der nationale Weite erlangt und auf gesellschaftliche Reformen drängt.

Die jüdischen und arabisch-palästinensischen Bürger Israel nehmen hinsichtlich des israelisch-palästinensischen Konflikts, jedoch auch in den innergesellschaftlichen Identitätsdiskussionen konträre Positionen ein. Birgt dieses innerstaatliche Spannungsfeld Möglichkeiten der Konfliktbegrenzung in sich oder wird sich seine Sprengkraft weiterhin erhöhen und zu Eruptionen führen?

Die Politikverdrossenheit im Land wächst; das Vertrauen in Regierung, Parlament und politische Parteien hat sich während des letzten Jahrzehnts rapide verringert. Kann dieser Trend die Regierung Netanjahu infrage stel-

len oder ist er von den Rechten ausnutzbar, z. B. für den Abbau demokratischer Rechte?

Die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition ist schwach und äußerst heterogen; der politische Druck demokratischer Kräfte auf die Regierung bleibt begrenzt; es gibt keine Anzeichen für die Entwicklung einer breiten Protestbewegung á la »Peace Now«, die 1978 die Friedensvereinbarungen mit Ägypten befürwortete und das Handeln der Regierung Menachem Begin beeinflusste. Sind unter diesen Bedingungen Kompromisse in der Außenpolitik möglich?

Die Formierung einer »Neuen Linken«, ansatzweise bereits erkennbar, steht de facto noch aus. Noch dominiert – bereits seit dem Scheitern des Oslo-Prozesses – Resignation das Verhalten vieler Linker. Es wird neuer Ansätze und möglicherweise auch eines charismatischen Politikers bzw. einer charismatischen Politikerin bedürfen, um vor allem die zionistische Linke aus dem »Winterschlaf« zu erwecken. Damit verbindet sich die Frage, ob die linken Mitglieder der Arbeitspartei dauerhaft ihrer rechten Führung verhaftet bleiben oder ob sie eine Neuorientierung der traditionsreichen Partei erzwingen können.

Kritikern israelischer Regierungspolitik und Befürwortern äußeren Drucks auf Israel sei zu bedenken gegeben, dass politische Veränderungen aus der Mitte der Gesellschaft kommen müssen, um zu neuer Realität zu reifen. Initialzündungen – siehe Camp David I oder der Sadat-Besuch in Jerusalem 1977 – können dabei durchaus hilfreich sein. Internationaler Druck, insbesondere wenn er von Verbündeten ausgeübt wird, mag politische Veränderungen befördern – vorausgesetzt, die Mehrheit der betreffenden Bevölkerung akzeptiert diese als in Einklang mit den nationalen Interessen des Landes stehend. Da allen Umfragen zufolge nach wie vor die Mehrheit der Israelis die Zwei-Staaten-Lösung befürwortet, könnten entsprechende Wandlungen in der israelischen Politik Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Dennoch sei vor Illusionen gewarnt. Ähnlich den Palästinensern in der Westbank und mehr noch in Gaza sind die Israelis mehrheitlich weder auf Kompromisse vorbereitet noch für den Frieden erzogen. Solange bellizistische Töne Politik und öffentliche Meinung beeinflussen oder sich die Praxis der Siedlungspolitik nicht ändert, besteht – trotz verbreiteter Friedenssehnsucht – kein Anlass, von einem Paradigmenwechsel zu sprechen.

RLS-Büro Tel Aviv, 10. Juli 2009

*Weitere RLS-Standpunkte International unter:
<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=18727>*